



HÖNNETAL

Wird Steinbruch-Ausbau Wahlkampf-Thema im Hönnetal?

09.05.2019, 13:15 Uhr • Lesezeit: 3 Minuten

Von **Jürgen Overkott**

Klaus Brunsmeier vom Bundesvorstand des BUND in der Schützenhalle Eisborn. Er ist Mitglied im Regionalrat Arnsberg

© Jürgen Overkott

Balve/Menden. . Unterstützung erfuhr die Bürgerinitiative gegen den Steinbruch-Ausbau bei Eisborn. BUND-Experte Brunsmeier warb für politischen Druck.

Der Streit um den geplanten Ausbau des Steinbruchs zwischen dem Balver Ortsteil Eisborn und dem Mendener Ortsteil Asbeck könnte ein Thema im kommenden Wahlkampf werden. Das sagte Hans-Dieter Kolossa am Mittwochabend in der voll besetzten Schützenhalle Eisborn. Er ist Schriftführer einer vor 14 Tagen gegründeten Bürgerinitiative, die sich und ihre Ziele bei der Versammlung vorstellte. In der anschließenden offenen Diskussion erhielt sie [mehrheitlich Zustimmung für ihr Vorgehen](#).



Die Schützenhalle war mit 260 Teilnehmern bis auf den letzten Platz gefüllt.

© Jürgen Overkott

Die [Initiative nennt sich „Bürgerinnen und Bürger gegen die Steinbrucherweiterung Eisborn/Asbeck“, kurz: BGS](#). Vorsitzender ist Michael Hirt, sein Vize der am Mittwoch nicht anwesende Joachim Voss. Kolossa ist Schriftführer. Als Sprecher amtiert Wirtschaftsanwalt Bernhard Kruttmann. Die Amtszeit des Vorstandes beträgt zwei Jahre.

Vor Versammlungsbeginn hatte die BGS Kolossa zufolge 214 Mitglieder. Nach der Veranstaltung kamen etliche Neuanmeldungen dazu. Die Mitgliedschaft in der BGS ist kostenfrei.

Mehr Staub, mehr Lärm



Matthias Aust (BGS), Klaus Korn (BUND), Hans-Dieter Kolossa (BGS,von links)

© Jürgen Overkott,

BGS-Sprecher Kruttmann erklärte, die Initiative wollen den Steinbruch-Ausbau „dauerhaft und endgültig“ verhindern. Das gelte für Abbau und Deponie. Der BGS gehe es um den Schutz von Flora und Fauna sowie Gewässerschutz.

Den Abend eröffnete BGS-Mitgründer Matthias Aust. Er befürchtet „enorme Beeinträchtigungen“ durch die Erweiterung der Abgrabungsfläche. In einem deutlich größeren Steinbruch könne sich „der Wind austoben“. Die Folge sei deutlich mehr Staub als bisher. Zudem steige für Anwohner rund um das Werksgelände die Lärmbelastung durch Fahrzeuge und Gerät, glaubt Aust.

Der [Baustoff-Konzern Lhoist will den Steinbruch um 86 Hektar vergrößern](#) – ab 2023. Die [Unternehmenspläne sehen vor](#), Kalkgestein künftig auch aus dem Bergrücken das Beil zu holen. Laut Aust müssen dazu mindestens zehn Millionen Kubikmeter Boden bewegt werden. Geplant ist, das Material in der Nähe von Eisborn auf einer Deponie zu lagern.



BGS-Vorsitzender Michael Hirt (stehend), im Hintergrund BGS-Sprecher Bernhard Kruttmann

© Jürgen Overkott

Der [Sunderner Klaus Korn vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland \(BUND\)](#) sprach sich dafür aus, den Buchenwald auf dem Beil unter Naturschutz zu stellen. „Die Fläche ist auf jeden Fall erhaltungswürdig.“ Korn bezog sich auf die Landesbehörde Lanuv. „Überdies seien in dem Bereich unter anderem Wildkatzen anzutreffen. Sie gelte als „planungsrelevante Art“.

✉ **Balve-Newsletter: Jetzt kostenlos anmelden!**

Nachrichten, Service, Reportagen: Jeden Tag wissen, was in unserer Stadt los ist.

Mit meiner Anmeldung zum Newsletter stimme ich der [Werbevereinbarung](#) zu.

BGS-Schriftführer Kolossa erinnerte daran, dass der Regionalplan für den Bereich im kommenden Jahr ohnehin geändert werden müsse. Die BGS wolle am Verfahren beteiligt werden. Für Lhoist bestehe die Möglichkeit, den bestehenden Regionalplan ändern zu lassen. Als Alternative für Lhoist gilt, den Ausbau-Plan in den neuen Regionalplan einzuarbeiten.



Ausbau-Kritiker befürchten mehr Laub, mehr Staub.

© Peter Müller

Zuständig für die Erstellung des Regionalplans ist der Regionalrat Arnberg. Seine Mitglieder kommen aus der Kommunalpolitik im Regierungsbezirk Arnberg. Das Hönnetal wird dort vertreten durch die [Mendener CDU-Kreistagsabgeordnete Christel Mense](#). BUND-Bundesvorstand [Klaus Brunsmeier aus Halver](#) ermutigte die BGS, im Regionalrat für eine Ablehnung der Lhoist-Pläne zu werben. Das Unternehmen habe keine Chance, gegen eine Entscheidung des Regionalrates zu klagen.

Anzeige

MEHR LESEN ÜBER

DEUTSCHLAND